

# Petition an Kantonsregierung eingereicht

432 Personen aus den Ortsteilen Reidens verlangen rasche Massnahmen und ein Mitspracherecht bei baulichen Massnahmen zum Schutz vor Überschwemmungen. Sie wollen den Horror vom Sommer 2021 nicht noch einmal erleben.

Marc Benedetti

Sie sind extra vom Wiggertal in die Stadt Luzern gereist für den grossen Moment: Am Donnerstagmorgen um 10 Uhr überreichte der Richenthaler Landwirt Franz Joller der stellvertretenden Staatschreiberin Judith Lipp vor dem Regierungsgebäude eine Petition.

Mit dem regionalen Bauernpräsidenten Franz Joller sind Landwirte und weitere Grundbesitzer aus den beiden westlichen Ortsteilen von Reiden gekommen, darunter auch der ehemalige Reider Gemeinderat und Sozialvorsteher Bernhard Achermann (SVP, Richenthal) sowie der Menznauer SVP-Kantonsrat und Landwirt Willi Knecht.

Es geht um den ungenügenden Hochwasserschutz an den Bächen in Langnau und Richenthal – die Überschwemmungen im letzten Sommer sind in ungueter Erinnerung. Sie richteten grosse Schäden an, nicht nur in Häusern, sondern auch an den Bächen und deren Infrastruktur.

«Wir haben die Interessengemeinschaft Gewässerschutz- und Hochwasserschutz Langnau-Richenthal gegründet», erklärt Joller. Die IG fordert in der von 432 Personen unterschriebenen Bittschrift «eine sofortige Instandstellung der bestehenden Schäden entlang der Bäche und eine baldige Realisierung des Hochwasserschutzes in den Ortsteilen Langnau und Richenthal». Die Kosten für die Instandstellung der Schäden – so eine Kritik – sollten nun teilweise von den Eigentümern selber getragen werden, «obwohl diese – durch rechtzeitig realisierte Hochwasserschutzmassnahmen – erst gar nicht entstanden wären».

## Bessere Information und Mitsprache gefordert

Die Einwohner der Gemeinde Reiden, so eine weitere Forde-



Franz Joller (Mitte) überreicht der stellvertretenden Staatschreiberin Judith Lipp (links) die Petition der IG Gewässerschutz- und Hochwasserschutz Langnau-Richenthal. V.l. Kantonsrat Willi Knecht (Menznau), Bernhard Achermann (Richenthal), rechts von Joller Irma Häfliger (Langnau) und die beiden Landwirte Michael Zurfluh und Markus Ryser (beide Richenthal).

Bild: Marc Benedetti

rung, sollen über die beabsichtigten Hochwasserschutzmassnahmen und den Zeitplan der Realisierung informiert werden. Zudem verlangen die Petitionäre «volles Mitspracherecht bei der Projektierung statt der Konfrontation mit beschlossenen Massnahmen». Es solle vom Kanton keine grosse Flutmulde in Langnau, aber dafür mehrerer Rückhaltebecken in den verschiedenen Talberei-

chen in Richenthal realisiert werden.

Der Schutz der Bevölkerung, der Liegenschaften und des landwirtschaftlichen Kulturlandes müsse an erster Stelle stehen. Die angestrebten Massnahmen sollen zudem für die Anstösler, die Landeigentümer und die übrigen Einwohner «akzeptabel» sein. So sollen keine zusätzlichen Bäche freigelegt werden, «da – wie es sich gezeigt hat –

schon für die bestehenden Bachböschungen die erforderlichen Unterhaltsarbeiten nicht gewährleistet sind!», heisst es in der Petition.

«Ich finde einen nachhaltigen Hochwasserschutz wichtig», sagt Kantonsrat Willi Knecht dem ZT zur Frage, warum er sich am Protest beteiligt. «Der Kanton plant vom Schreibtisch ein Projekt mit grossem Landverschleiss und man geht

nicht auf die Anwohner ein. Das finde ich nicht in Ordnung.»

## Projekte kamen am Runden Tisch zur Sprache

Zum Hintergrund der Sache: Im Februar 2022 gab es einen Runden Tisch zum Hochwasserschutz in Reiden. Anwesend waren Vertreter des Kantons, der Gemeinde Reiden und Grundbesitzer. «An diesem Treffen wurde uns von Kantonsseite ein-

fach etwas diktiert», sagt Franz Joller. «Es hiess damals, die von uns verlangten Rückhaltebecken kosteten 10 Millionen Franken mehr als eine Flutmulde. Dies liege nicht im Kosten-Nutzen-Verhältnis.»

An der Gemeindeversammlung Ende Juni erklärte der Reider Gemeinderat Willi Zürcher, nach den Sommerferien wisse man mehr zu den Terminplänen und Vorgehensweisen des Kantons.

Das Projekt einer Flutmulde lag bereits vor rund zehn Jahren auf dem Tisch und kostete zirka 20 Millionen Franken. Kanton und Bund hätten sich finanziell beteiligt. Vorgesehen war auch eine 30 Meter breite und 1,2 Meter tiefe Flutmulde. Diese sollte bei Hochwasser die Wassermengen aufnehmen und der Wigger zuführen. Das Projekt landete aber wegen der finanziellen Situation von Reiden in der Schublade. Ausserdem wehrten sich Landbesitzer dagegen, weil sie es überrissen fanden. 2020 ging die Verantwortung für Hochwasserschutzbauten mit dem neuen Wasserbaugesetz von den Gemeinden an den Kanton über.

## Regierungsrat wird den Petitionären antworten

Laut der stellvertretenden Staatschreiberin Judith Lipp wird die Petition dem Regierungsrat am Freitag an seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien zur Kenntnis gebracht. Danach wandert sie ins Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement (BUWD) von Regierungsrat Fabian Peter. Das BUWD wird die Petition zu Händen des Regierungsrats behandeln, die Antwort an die Petitionäre erfolgt durch diesen. Petitionen sind reine Bittschriften. «Sie haben jedoch durchaus einen politischen Einfluss und werden ernst genommen», sagt Kantonsrat Willi Knecht.

## Regierung ordnet Rückzonungen an

**Luzern** Dieser Leitentscheid ist für alle 17 Luzerner Gemeinden von Bedeutung, die im Rahmen der Ortsplanungsrevision ihre Bauzonen verkleinern müssen und dies noch nicht getan haben – wie etwa Reiden: Die Luzerner Regierung hat nämlich den überarbeiteten Zonenplan von Rickenbach genehmigt, aber gleichzeitig angeordnet, dass acht Grundstücke ausbezogen werden müssen, wie sie am Donnerstag bekanntgab. Die Michelsämter Gemeinde hätte 3,1 Hektaren Bauland auszonieren müssen, etwas weniger als Reiden. Die Gemeindeversammlung hatte im September 2021 aber nur der Rückzonung von 0,8 Hektaren zugestimmt. Die Kantonsregierung will nun übergeordnetes Recht durchsetzen und stützt sich auf ein von ihr in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten. Die Anordnung lässt sich vor Kantons- und Bundesgericht anfechten. (mam)

## Als der Sturm fast alle Bäume fällte

Vor 80 Jahren zog ein verheerendes Unwetter über Buchs hinweg.

Beat Meier

Heute vor 80 Jahren, am 8. Juli 1942, fegte in den frühen Morgenstunden ein heftiger Sturm mit Hagel und Windböen von über 120 Stundenkilometern über Teile des Kantons Luzern. Zur Behebung der enormen Sturmschäden wurde gar die Hilfe von Armeeangehörigen benötigt.

Besonders betroffen waren die heutigen Gemeinden Dagmersellen und Altishofen. Allein im kleinen Dorf Buchs wurden 300 bis 400 Hochstamm-Obstbäume entwurzelt, Dächer abgedeckt, Kamine eingerissen und Felder zerstört. Einige Obstbäume versuchte man darauf zu

retten, indem man sie wieder aufstellte. Darunter war auch ein stattlicher Birnbaum. Er wurde mit Stützen stabilisiert. Seither sind 80 Jahre vergangen, in denen er allen Stürmen getrotzt hat; er überragt heute alle andern in der Nähe.

Zum Gedenken an diese Naturkatastrophe wurde in Buchs an der Mühlegasse ein Holzkreuz errichtet. Leider musste es wegen dem Bau der Autobahn 1980 weichen. Es wurde durch ein neues Denkmal aus Stein ersetzt mit der Inschrift: «Erinnerung zum Gedenken an die Sturmkatastrophe vom 8. Juli 1942. Gross ist Gott in der Natur, willst ihn noch grösser sehn, bleib vor diesem Kreuze stehn.»



Stinkreuz zum Gedenken ans Unwetter.

Bild: zvg

## Nur die IG wird informiert

**Wikon** An der Gemeindeversammlung im Mai informierte die Wikoner Gemeindepräsidentin darüber, dass die IG Bahnhofquartier Wikon einen umfangreichen Fragekatalog einreichte. Die Einfamilienhausbesitzer stellten insbesondere Fragen zum umstrittenen Logistikzentrum von Planzer. Laut Michaela Tschuor hat der Gemeinderat über das Schreiben beraten. «Er hat beschlossen, dass die Antworten auf die Fragen direkt an die IG-Mitglieder beantwortet und diese nicht öffentlich publiziert werden», sagt sie auf Anfrage. IG-Mitglieder, die das ZT anschrieb, antworteten nicht. Die IG besteht nur aus einer Handvoll Personen. Laut einem Leserbrief von Hannes Baumann und der Auskunft weiterer Quartierbewohner repräsentiert die IG nicht das ganze Quartier. Inzwischen hat sich eine Gegenbewegung aus dem Gewerbeformiert. (ben)